

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeiterinnen und ein Tag an dem ungerechte Verhältnisse in den Mittelpunkt gestellt werden. Ich bin hier um über die Grenzschutzagentur Frontex zu sprechen, die seit Jahren immer weiter militarisiert wird um die Außengrenzen undurchdringbar zu machen für Menschen, die Sicherheit suchen.

Das Budget stieg von 6 Millionen im Jahr 2005 auf 1,2 Milliarden bis 2027. Das heißt mehr Waffen, Drohnen, Überwachungstechnologie. Europa wird als Festung ausgebaut. Menschen, die vor russischen Bomben aus Syrien fliehen, Menschen aus Konflikten außerhalb Europas, werden mit Gewalt an der Grenze von Frontex abgefangen und vor die Tür gesetzt.

Am 15. Mai hat die Stimmbevölkerung der Schweiz die Möglichkeit, über die Militarisierung und den Ausbau der EU-Grenzschutzagentur Frontex abzustimmen.

Nutzen Sie diese Chance und mobilisieren in der Gesamtbevölkerung gegen die tödliche Abschottungspolitik.

Diese wird massgeblich von Frontex geprägt und von der Schweiz mit Geld und Personal unterstützt. Schaut Menschenrechtsverletzungen und Militarisierung nicht mehr tatenlos zu und werdet aktiv – auch über den 15. Mai hinaus!

HAUPTTEIL

Noch vor wenigen Jahren wusste ich fast nichts über Frontex, die europäische Grenzschutzagentur. Doch mittlerweile vergeht kaum eine Woche ohne einen neuen Skandal über Frontex und sein Management. Vor knapp 2 Jahren habe ich daher mit Freunden beschlossen ein Netzwerk gegen Frontex zu gründen, dass mittlerweile 115 Gruppen aus Europa und darüber hinaus hat. Auch das Bündnis No Frontex aus der Schweiz ist Teil davon.

Die Liste der Skandale und der Rechtsverletzungen um Frontex ist lang.

Es ist ein Skandal,

- dass Frontex in den letzten Jahren hat Frontex keinen einzigen Euro in Rettungsschiffe investiert hat, aber 100 Mio in Luftüberwachung.
- dass Frontex die Informationen aus der Luftüberwachung direkt über Whatsapp mit libyschen Milizen kommuniziert, die Menschen in Seenot direkt in Haftlager zurückschleppen, wo sie schweren Menschenrechtsverletzungen

ausgesetzt sind. Zivile europäische Rettungsschiffe werden von Frontex meist gar nicht informiert.

- Dass auf dem Balkan und an der Griechisch-Türkischen Grenze Menschen immer wieder verprügelt, misshandelt, beraubt und illegal in die Türkei rückgeführt werden, wenn sie in Europa nach Schutz suchen.
- Dass Frontex dieses illegale Verhalten nicht verhindert und auch nicht aufarbeitet. Im Gegenteil die Chefs von Frontex vertuschen die Menschenrechtsverletzung und erschweren die Ermittlungen.
 - dass Frontex die besondere Verantwortung für Schutzsuchende Menschen nicht wahrnimmt, denn europäische Agenturen und Behörden müssten doch insbesondere mit diesen Menschen besonders sorgfältig sein, demokratisch, transparent und korrekt sein.
 -
- Dass die EU-Antikorruptionsbehörde OLAF hat gegen Frontex ermittelt und dabei schwere Anschuldigungen gegen Frontex Chef Leggeri und weitere Beamte stellt.
-
- Durch diesen Druck aus der Zivilgesellschaft musste Leggeri endlich am Freitag zurücktreten, obwohl die Vorwürfe der Menschenrechtsverletzungen 2 Jahre lang bekannt waren. Ermittelt wurde allerdings auch wegen der Treffen mit Militär und Rüstungslobby. Allerdings entzieht Leggeri sich durch den Rücktritt einem Disziplinarverfahren und die EU argumentiert, dass der OLAF Bericht nicht veröffentlicht werden müsste.
-
- Der Rücktritt ist ein wichtiger Schritt, ändert aber nichts an der intransparenz von Frontex, dem Mangel an demokratischer Kontrolle und dem Fakt das Frontex geschaffen wurde, um eine rassistische Abschottungspolitik umzusetzen.
-

Die Schweiz ist mitverantwortlich!

Die Schweiz unterstützt die Frontex als Schengen-Mitglied seit 2009 finanziell und personell. Der Nationalrat fast einer verdreifachung des Budgets bis 2027 zugestimmt. Auch sollen immer mehr Grenzschutzbeamt:innen aus der Schweiz in Frontex-Missionen eingesetzt werden. Damit trägt die Schweiz beträchtlich zum gewaltvollen Abschottungsregime der EU bei. Das ist umso zynischer, denn die Schweiz ist als Heimat für Rohstofffirmen, internationaler Bankenplatz und Waffenfabriken Mitverursacherin von Aggression und Krieg und Mitverantwortlich für die globale Ausbeutung von Mensch und Natur.

Aufgrund des Mismanagements bei Frontex hat auch die EU das Budget von Frontex nicht bewilligt und immer mehr Gruppen organisieren sich gegen Frontex und die tödliche Abschottungspolitik, die in den letzten Jahren über 44.000 Menschen das Leben gekostet hat.

Wenn sie nun auch schockiert sind und sich fragen: was können wir tun, dann stimmen Sie am 15.5. mit NEIN zum Frontex Budget.

Eine andere Migrationspolitik ist nötig und sie ist möglich!

Das Bündnis No Frontex fordert legale und sichere Flucht- und Migrationsrouten. Es braucht eine gerechte und solidarische Praxis im Umgang mit Migration. Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung von Menschen auf der Flucht. Um globale Gerechtigkeit zu erreichen, müssen wir Gleichberechtigung und Bewegungsfreiheit für alle schaffen. Wir müssen Menschen schützen, nicht Grenzen.

Wir sind überzeugt: eine solidarische Migrationspolitik ist möglich. Bereits jetzt wird aus der Zivilgesellschaft viel unternommen: Migrant:innen setzen sich täglich über die Abschottungspolitik hinweg, zivile Seenotrettung setzt sich dem Sterbenlassen auf dem Mittelmeer entgegen, solidarische Städte organisieren sich, vehemente Gemeinschaften leisten Widerstand. Es ist unglaublich wichtig, dass auch Sie dazugehören!

Die Verantwortung aber liegt auch in der Politik, in Brüssel sowie hier in Bern. Und genau dafür liefert das Referendum eine Möglichkeit: Denn die Rechnung ist einfach: Kein Geld für Menschenrechtsverletzungen, kein Geld für Frontex.

SCHLUSS

Definieren Sie mit uns die Zukunft von Europa.

Insistieren Sie in die Einhaltung der Menschenrechte.

Wenden Sie sich gegen die Militarisierung der Grenzen.

Gegen Korruption und Willkür von Behörden.

Fordern Sie mit uns soziale Gerechtigkeit, Bewegungsfreiheit und Gleichberechtigung.

Fordern Sie mit uns Sicherheit für alle Menschen, weltweit.

Vergessen Sie nicht: ALL das gibt es nur ohne Frontex.